

Antrag

der Fraktion DIE LINKE

auf Durchführung einer Aktuellen Stunde nach § 60 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages in der 32. Landtagssitzung am 14. Juli 2016 zum Thema:

Wie weiter nach dem Referendum zum BREXIT? - Brandenburg als Teil einer starken, demokratischen und sozialen Europäischen Union

Begründung:

Die Bevölkerung Großbritanniens hat sich am 23. Juni 2016 mehrheitlich für den BREXIT und somit für den Ausstieg aus der Europäischen Union entschieden. Das Vereinigte Königreich wird aber nicht aus Europa verschwinden. Bewusst und mit voller Überzeugung wurde aus Europa mehr als eine Freihandelszone. Es sollte um mehr als freien Waren- und Geldverkehr gehen. Die Verantwortlichen der EU und der Mitgliedsstaaten tun gut daran, nach dem Referendum nicht einfach zur Tagesordnung überzugehen, sondern eine Nachdenkphase zu initiieren über Fragen wie z.B.: Wie wird die EU bei den Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen? Wie kann die EU den Herausforderungen für eine demokratische Union, die die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Belange ihrer Bürgerinnen und Bürger wahrnimmt, gerecht werden?

Brandenburg hat durch seine zentrale Lage im Herzen Europas ein ureigenes Interesse und eine Pflicht, sich an der Lösung dieser Fragen zu beteiligen. In den vergangenen Jahrzehnten hat Brandenburg, insbesondere durch seine intensive Zusammenarbeit mit der Republik Polen, zu einem grenzüberschreitenden Zusammenwachsen europäischer Regionen beigetragen. Brandenburg hat zugleich von Förderungen aus den EU-Fonds profitiert und sich in dieser Zeit von einer „weniger entwickelten Region“ zu einer „Übergangsregion“ entwickelt. Es kommt daher jetzt darauf an, die mithilfe der Europäischen Union gewachsenen Strukturen und Standards zu verstetigen.

Es war, ist und bleibt eine Aufgabe Brandenburgs, ein soziales und demokratisches Europa mitzugestalten. Das Gebot der Stunde lautet, die europäische Integration auch inhaltlich so zu überdenken, dass das Erreichte nicht gefährdet, die demokratischen und sozialen Schwachstellen aber behoben werden.

Ralf Christoffers
für die Fraktion DIE LINKE

Datum des Eingangs: 05.07.2016 / Ausgegeben: 05.07.2016